

BESCHLUSS

XXV. Bundesdelegiertenversammlung der VLK,
9./10. Oktober 2009, Berlin

Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Wirtschaftspolitik – eine Betrachtung aus liberaler Sicht

1. In der angebrochenen Zeit von ökonomischer Globalisierung, weltweiter kommunikativer Vernetzung, sichtbarer Migrationsbewegungen nicht nur der Leistungsträger, sondern gerade auch der flexiblen jüngeren Bevölkerung genügen die tradierten Instrumente kommunaler Wirtschaftspolitik alleine nicht mehr den Anforderungen an einen sich verschärfenden Standortwettbewerb. Aus der klassischen kommunalen Wirtschaftsförderung in ihrer Fokussierung auf den eigentlichen Unternehmensstandort wird zunehmend eine komplexe, vernetzte, integrierte Standortpolitik.

Kommunale Standortpolitik, gerade in Deutschland und Europa, wird sich zunehmend neben den „harten“ Faktoren vergangener Jahrzehnte mit den „weichen“ Standortkriterien zu beschäftigen haben. Ausbildung, Forschung und Entwicklung, Bildung, Kultur, Freizeit, Gesundheit und Familie sind Faktoren, die es in einem Standortwettbewerb gerade auf unserem rohstoffarmen Kontinent in Europa wesentlich stärker zu beachten gilt. Kommunale Standortpolitik muss Wohnen und Arbeiten, Ausbildung und Kommunikation, ganz einfach das vernetzte Leben mit dem Arbeitsstandort, der Erwerbseinkommen ermöglicht, in einen Kontext bringen. Im Zuge der demographischen Entwicklung wird der Wettbewerb um Leistungsträger und den flexiblen Teil der Bevölkerung in Deutschland und Europa an Intensität zunehmen. Lebensstandorte werden sich nach Lebenschancen und Lebensumständen entwickeln, die offensichtliche Migration von Region zu Region, innerhalb Deutschland und zum Teil innerhalb Europas, wird sichtbar zunehmen. Hinzu kommt eine darüber hinaus gehende Akquisitionspolitik zahlreicher Einwanderungsländer, bei denen die kulturellen und sprachlichen Hemmschwellen bewusst und selektiv verringert werden.

2. Der aufkommende Standortwettbewerb beschränkt sich nicht auf die lokale oder regionale Struktur. Er bekommt überregionale und globale Züge. Kommunale Wirtschaftspolitik im klassischen Sinne ist an ihre Grenzen gekommen. Sie definiert sich zunächst in der lokalen Verantwortlichkeit. Im Kontext der globalen Entwicklung ist sie längst nur noch ein Teilaspekt einer großräumigen Entwicklungsszenerie.

Daher ist es notwendig, Überlebensstrategien unter Berücksichtigung aller dieser Faktoren zum Gegenstand einer kommunalen Standortpolitik zu machen. Diese Strategien können sich in kommunalen Gemeinde- und Stadtentwicklungskonzepten ausdrücken. Sie dürfen aber nicht auf die Kommune und die lokale Dimension begrenzt bleiben. Kommunale Standortpolitik muss die Region aus dem Blickwinkel überregionaler, ja globaler Zusammenhänge definieren. Sie hat der technischen Innovation, der kommunikativen Vernetzung und der tatsächlichen Mobilität der Menschen zu folgen.

Kommunale Standortpolitik erfordert, wenn sie erfolgreich sein will, eine interkommunale, eine regionale und eine überregionale Komponente.

Die Schlussfolgerung für jede Kommune muss daher sein, dass sie

1. eine Selbstdefinition in Struktur und Identität findet,
2. ihre Zugehörigkeit und ihre Rolle in einer Region definiert,
3. konsequent die selbstdefinierte Rolle in Abstimmung mit regionalen und überregionalen Strukturen vertritt und
4. in engagierter Wahrnehmung der lokalen Verantwortung für ihre Bürgerinnen und Bürger sowie die gewerbliche Wirtschaft die globalen Zusammenhänge der Standortsicherung und die dazu notwendigen Entscheidungen erläutert.

Weltabgewandtes Kirchtumsdenken wird genauso eine schwere Zukunft haben wie vermeintlich kosmopolitisches Ignorieren des lokalen Verantwortungsbereichs. Kommunale Wirtschaftspolitik ist heute alle Lebensfacetten umfassende lokale Standortpolitik, eingebettet in die regionalen und überregionalen Strukturen.

Kommunale Standortpolitik muss daher politisch gesehen horizontal und vertikal vernetzt sein. Kommunale Selbstverwaltung und lokale Autonomie sind in Zukunft nur unter Betrachtung des komplexen Gesamtzusammenhanges definierbar.

3. Liberale Kommunalpolitik muss daher Anstoß geben, kommunale Selbstverwaltung im Kontext von technischem Wandel, kommunikativer Vernetzung, Migration und Globalisierung fortzuentwickeln. Hierzu sind kommunale Entwicklungskonzepte in Abstimmung mit regionalen und überregionalen Zusammenhängen zu erstellen, den Bürgerinnen und Bürgern in politischer Kommunikation zu präsentieren und zur Identifikation im lokalen Lebenskreis als Leitbild zu beschließen.
4. Die Bundesvereinigung Liberaler Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker regt in allen Kommunalparlamenten diese Diskussion an, schafft eine kommunikative Basis mit den Bürgerinnen und Bürgern und definiert die Zukunftsanforderungen an die lokale Gemeinschaft, um die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft zu stärken.

Begründung:

Viele Jahrzehnte bestand erfolgreiche kommunale Wirtschaftspolitik in der Entwicklung gut platzierter Gewerbegebiete zur Neuansiedlung von Firmen aus dem Potential der jeweiligen Region oder zur Standortbegründung im überregionalen, oftmals globalen Wettbewerb.

Hierzu waren die klassischen Instrumente kommunalen Handelns entwickelt worden. Sie bestanden aus

- dem Grunderwerb,
- der Erschließung,
- der infrastrukturellen Anbindung,
- der Bauleitplanung,
- der zügigen bzw. bevorzugten Bearbeitung der Genehmigungsverfahren,
- der Vermittlung von Technologie- und Innovationsförderung durch zahlreiche öffentliche Förderprogramme,
- der Unterstützung durch örtliche Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken oder Geschäftsbanken,
- der Organisation eines kommunalen Service-Netzwerkes als Behördenlotse und Clearingstelle,
- der Anbindung an die überregionale Infrastruktur über Strassen-, Schienen-, Wasserwege und Flughäfen,
- der Errichtung von Kommunikationsinfrastruktur (DSL) und vieles mehr.

Neben der Neuansiedlung erfolgte seit den 80er Jahren eine bauleitplanerische Standortsicherung der traditionellen, oftmals durch Gemengelagen beeinträchtigten industriellen Traditionsstandorte. Ausgleich mit der Umgebungsbebauung und Nutzung, emissions- und immissions-schützende Maßnahmen bis hin zu notwendigen interessenausgleichenden Investitionen waren die Folgen.

Alle klassischen Instrumente wurden durch zahlreiche Investitionsfördermaßnahmen von Bund und Ländern gestützt. Eine Vielzahl von großzügigen öffentlichen Förderungen hat dazu geführt, dass sowohl öffentliche Infrastruktur als auch private Investitionen getätigt werden konnten. Der Strukturwandel ist über die Jahrzehnte oftmals erfolgreich begleitet worden. Kommunale Wirtschaftsförderung zeichnete die Wirtschaftsfreundlichkeit und das Wohlergehen einer Kommune aus.

Der starke Mittelstand, die lokale Verbundenheit, die hohe Identifikation der örtlichen Wirtschaft mit der Heimatregion wurden zu einer bemerkenswerten Stärke deutscher Nachkriegswirtschaftsgeschichte. Sie haben Wohlstand für breite Bevölkerungsschichten erzeugt, Innovation, Erfindergeist und Gründermut hervorgebracht und Deutschland im internationalen Wettbewerb einen entscheidenden Vorsprung erbracht.